



Presseschau vom 11.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Die Riege der Champions – Biden schart über hundert Staaten zum "Demokratie-Gipfel" um sich**

Am Freitag endet der von US-Präsident ausgerufene "Demokratie-Gipfel". Im Kampf gegen autoritär regierte Staaten gelte es nun mehr denn je, die Demokratie in der Welt zu verteidigen. Auf Irritationen stieß parallel dazu unter anderem die Zusammensetzung der geladenen Gäste. ...

<https://kurz.rt.com/2qzt>

de.rt.com: **Übersterblichkeit in Deutschland seit September 2021 gibt Rätsel auf**

Die deutliche Übersterblichkeit in Deutschland seit Anfang September ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts nur zum Teil auf die gemeldeten Corona-Todesfälle zurückzuführen. Hier lohnt sich ein Blick auf die Datenbanken des Paul-Ehrlich-Instituts. ...

<https://kurz.rt.com/2qz1>

Dagmar Henn: **Assange: Sie waschen ihre Hände in Unschuld**

Es ist kein gutes Ende in Sicht im Fall Assange. Die britische Justiz hat den Weg zur Auslieferung an die USA freigemacht. Die viel gepriesene Pressefreiheit wird gleich mit entsorgt, indem die Staaten selbst entscheiden dürfen, wer für sie Journalist ist. ...

<https://kurz.rt.com/2r0f>

abends/nachts:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische Führung versucht die Weltgemeinschaft in die Irre zu führen, indem sie regelmäßig an verschiedenen internationalen Stellen ihre Unterstützung für eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass erklärt. Aber die ukrainischen Kämpfer setzen mit Billigung der Kiewer Regierung die Aggression gegen die Einwohner unserer Republik fort. Dabei setzen sie immer öfter terroristische Methoden ein, indem sie Drohnen mit selbstgebauten Sprengvorrichtungen für Schläge gegen die Zivilbevölkerung nutzen. Heute haben Kämpfer der 54. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko ein weiteres Mal eine **Drohne des Typs „Oktokopter“ mit einer angehängten Sprengvorrichtung** eingesetzt und diese **im Bereich einer Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs in einem Wohngebiet der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk abgeworfen.**

Die nicht detonierte Sprengvorrichtung wurde von örtlichen Einwohnern entdeckt und der Ort des Geschehens wurde von Soldaten der Volksmiliz der DVR gesichert. Bei der Entschärfung der abgeworfenen Sprengvorrichtung unbekannter Typs detonierte diese. In der Folge **starb ein Soldat, ein zweiter erlitt Splitterverletzungen.**

Zu unserem großen Bedauern hat die Aggression der ukrainischen Kämpfer wieder das Leben eines Verteidigers der Republik genommen und zwei minderjährige Töchter ohne Vater gelassen. Wir sprechen den Verwandten und Freunde des getöteten Verteidigers aufrichtiges Mitgefühl aus.

Die Materialien zu dem Terrorakt werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko hinzuführen.

Das Fehlen einer klaren Reaktion von Seiten der internationalen Beobachter erzeugt bei den ukrainischen Terroristen das Gefühl völliger Straflosigkeit hervor und ermuntert sie zu neuen Verbrechen.

snanews.de: **„Verzicht auf Provokationen“: Russland schlägt USA Alternative zur neuen „Kuba-Krise“ vor**

Laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow hat Russland den USA Möglichkeiten zur Stärkung der Sicherheit in Europa aufgezeigt. Demnach kommt es darauf an, eine Zuspitzung wie einst in der Kuba-Krise zu vermeiden.

Es gebe einen anderen Weg, als die derzeitige Konfrontation durch die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa auf die Spitze zu treiben, sagte der russische Vize-Außenminister gegenüber Journalisten am Freitag.

„Wir bieten eine Alternative: Nicht-Stationierung von Waffen dieser Art in der Nähe unserer Außengrenzen, Abzug destabilisierender Kräfte und Mittel auf weitere Entfernung, Verzicht auf Provokationen einschließlich diverser Übungen. Aber wir benötigen Garantien, dabei muss es sich um rechtliche Garantien handeln.“

Gleichzeitig gebe sich Russland keinen Illusionen hin: „Leider ist zu beobachten, dass unsere Mahnungen und unsere Warnungen ignoriert werden, dass die militärische Infrastruktur der Nato bis zum Äußersten an uns vorrückt.“ Eben diese Entwicklung habe den russischen Präsidenten dazu veranlasst, das Außenministerium damit zu beauftragen, auf langfristige rechtliche Sicherheitsgarantien an Russlands westlichen Grenzen hinzuwirken und diese in Form von Verträgen festzuhalten.

Sanktionen und Schuldzuweisungen vergiften Dialog

Schon in den nächsten Wochen werde Moskau den Vereinigten Staaten einige Vorschläge zur

Sicherheitsstruktur vorlegen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass auch andere Nato-Mitglieder an dieser Diskussion beteiligt würden.

„Das alles ist derzeit in Arbeit, im Werden“, sagte Rjabkow und wies zugleich darauf hin, dass Moskau sich in einem sehr schwierigen Umfeld aus Sanktionen und Anschuldigungen vonseiten Washingtons bewegen müsse.

„Das schafft eine vergiftete Atmosphäre in den russisch-amerikanischen Beziehungen und verhindert die Entwicklung eines besonnenen und professionellen Dialogs.“

Natürlich habe Moskau auch Möglichkeiten einer asymmetrischen Reaktion, sollte Washington die russischen Vorschläge zu den Sicherheitsgarantien abermals ignorieren. Aber er möchte doch hoffen, so Rjabkow, „dass Lektionen der Vergangenheit und der Gegenwart in Washington nunmehr gezogen werden“. Jedenfalls sei es besser, sich zu einigen als nachlässig darauf zu warten, „dass Russland sich beugt und auf einseitige Zugeständnisse einlässt“.

Russland werde die Provokationen nicht einfach hinnehmen und nicht darauf warten, bis die nächste Eskalation komme.

„So wird das alles nicht enden. Daher lasst uns doch der Höhe unserer Verantwortung gerecht werden.“

Amerikanische und europäische Politiker stellen Russland allzu oft als eine Bedrohung dar. Russland gefährde seine Nachbarn politisch ebenso wie wirtschaftlich, beeinträchtige die Tätigkeit der Nato und ihrer Führungsmacht USA, heißt es. Moskau reagiert auf diese Vorwürfe mit Ablehnung und erkennt dahinter die Absicht der Nordatlantikkallianz, noch näher an die russischen Grenzen vorzurücken und ihre Truppenpräsenz dort zu verstetigen. Ende letzten Monats erklärte der russische Präsident Wladimir Putin dahingehend, die Stationierung von Nato-Waffen auf ukrainischem Gebiet bedrohe die Sicherheit seines Landes und bedeute für Russland deshalb die Überschreitung einer roten Linie. Daraufhin erklärte das russische Außenministerium auch die Aufnahme der Ukraine in die Nato zu einer roten Linie für die russische Außenpolitik.

Die Kuba-Krise im Oktober 1962 war eine Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR, die sich aus der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba im Rahmen des nuklearen Wettrüstens entwickelte.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

de.rt.com: **Selenskij: "Die Ukraine schließt ein Donbass-Referendum nicht aus"**

Nach Gesprächen mit Emmanuel Macron und Joe Biden spricht der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij jetzt von einem Referendum, um den Donbass-Konflikt zu lösen. Macron soll zusammen mit Scholz das Normandie-Format wiederbeleben.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, er schließe die Möglichkeit eines Referendums bezüglich der zwei umstrittenen östlichen Regionen oder direkte Verhandlungen

mit Moskau mit der Unterstützung der EU und der USA nicht aus.

Nach einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sagte Selenskij, er könne sich vorstellen, dass ein "allukrainisches" Referendum stattfindet.

"Ich schließe ein Referendum über den Donbass als Ganzes nicht aus. Das ist keine Frage des Status", sagte Selenskij am Freitag dem ukrainischen Sender 1+1. "Dabei könnte es um den Donbass gehen, die Krim und vielleicht allgemein um ein Ende des Krieges."

Selenskij sagte ebenfalls, er schließe direkte Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht aus und sehe dafür Unterstützung durch die europäischen Partner der Ukraine und die USA.

Eine Zusammenfassung des Telefonats zwischen Macron und Selenskij, die Paris zur Verfügung stellte, besagt, die beiden Präsidenten hätten übereingestimmt, die Gespräche im sogenannten Normandie-Format wiederaufzunehmen, unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland. Macron sagte zu, eine Wiederbelebung des Modells nächste Woche mit dem neuen Bundeskanzler Olaf Scholz zu besprechen.

Auch US-Präsident Joe Biden sprach am Donnerstag mit Selenskij und unterrichtete den ukrainischen Staatschef von seinem Gespräch mit Putin Anfang der Woche.

Das Normandie-Format war verantwortlich für die Minsker Vereinbarungen gewesen, die die intensiven Kämpfe im Donbass im Frühjahr 2015 beendet hatten. Die beiden östlichen Regionen Donezk und Lugansk hatten nach dem von den USA unterstützten Putsch in Kiew 2014 ihre Unabhängigkeit von der Ukraine erklärt, während die Krim dafür gestimmt hatte, sich mit Russland wiederzvereinigen. Gegen den in der Folge gewählten Präsidenten Petro Poroschenko errang Selenskij 2019 einen Erdrutschsieg.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b3ab4ab480cc63ce1dda4c.jpg>

dnronline.su: Am 10. Dezember haben Mitarbeiter der Abteilung für den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption des Innenministeriums der DVR und der Generalstaatsanwaltschaft der Republik den Bürgermeister von Makejewka Sergej Goloschtschapow unter dem Verdacht auf Aktivitäten mit Korruptionscharakter festgenommen, teilt das Innenministerium der DVR mit.

Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnete ein Strafverfahren nach Punkt „b“ Absatz 4 § 344 des Strafgesetzbuchs der DVR. Ermittlungen laufen.

snanews.de: **Moskau: Beziehungen zwischen Russland und dem Westen an kritischer Grenze**

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben aus der Sicht Moskaus eine kritische Grenze erreicht. In diesem Zusammenhang tue dringend ein Dialog zwischen den beiden Seiten not, erklärte das russische Außenamt am Freitag.

„Wir bestehen auf der Unterzeichnung einer juristisch bindenden Vereinbarung, wonach die USA und andere Nato-Länder auf dem Territorium der an Russland angrenzenden Allianzmitglieder und anderer Staaten keine Angriffswaffen stationieren, die die Russische Föderation bedrohen würden“, heißt es in der auf der Homepage des Ministeriums abgedruckten Erklärung.

Russland erwartet von Nato Antwort auf seine Vorschläge

Russland fordere die Nato zudem auf, seine früheren Vorschläge zur Senkung der Spannungen in Europa zu beantworten. Russland bestehe unter anderem darauf, Standorte operativer Militärübungen weiter von der Berührungslinie zwischen Russland und der Nato zu verlegen und einen minimalen Abstand bei der Annäherung von Kriegsschiffen und Kampffjets zur Vermeidung gefährlicher Zwischenfälle abzustimmen.

„Der Ausbau der Konfrontation mit unserem Land ist absolut unzulässig. Als Vorwand wird die Lage in der Ukraine instrumentalisiert, der gegenüber der Westen Kurs auf die Vorschubleistung russophober Stimmungen und die Rechtfertigung der Handlungen des Regimes in Kiew zur Torpedierung der Minsker Vereinbarungen und zur Ausarbeitung eines gewaltsamen Szenarios für den Donbass genommen hat“, betonte das russische Außenministerium.

Nato sollte die Ukraine „zur Vernunft bringen“

Die Nato sporne Kiew zu einer Aggression an, statt ihre ukrainischen Günstlinge zur Vernunft zu bringen. Anders könnte die Zahl außerplanmäßiger Übungen der USA und ihrer Verbündeten im Schwarzen Meer nicht erklärt werden. Nato-Kampffjets, darunter strategische Bomber, absolvierten regelmäßig provokatorische Flüge unweit der russischen Grenzen. Fortgesetzt würden die „militärische Erschließung“ des ukrainischen Territoriums und die Versorgung des Landes mit letalen Waffen.

Die Einbeziehung Kiews in das Atlantische Bündnis werde eine Stationierung von Raketenkomplexen auf dem Territorium der Ukraine zur Folge haben, was die Sicherheit Russlands bedrohen und zu einem großangelegten Konflikt in Europa ausarten dürfte, hieß es. Präsident Putin zufolge bestehe Russland auf ernststen langfristigen rechtlichen Garantien dafür, dass die Nato nicht mehr gen Osten expandiere und Rüstungssysteme an westlichen Grenzen Russlands nicht stationiere. Diese Garantien sollten auf der Basis einer gleichen und unteilbaren Sicherheit konzipiert werden, betonte das Außenamt.

Nato wirft Russland „Aggressionspläne“ vor

In letzter Zeit spricht der Westen oft von einer „russischen Aggression“. Russland führt derartige Erklärungen auf den Wunsch des Nordatlantikpaktes zurück, mehr Technik an russische Grenzen zu bringen und eigene Interessen zu lobbyieren. Putins Sprecher Dmitri Peskow zufolge verlegt Russland eigene Truppen auf dem eigenen Territorium wie es will. Das bedrohe niemanden und sei kein Grund für Sorgen.

Auf dem Forum „Russia Calling!“ erklärte Putin Ende November, dass die Stationierung von Waffen auf dem Territorium der Ukraine für Russland eine rote Linie bedeuten würde.

Außenamtssprecherin Maria Sacharowa nannte eine weitere rote Linie für Russland: Den Beitritt der Ukraine zur Nato.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46355_0:0:2955:1663_1920x0_80_0_0_e1310be91761f66c9985986a9c6ad341.jpg

snanews.de: **Vier Jahre nach Sieg gegen IS-Terroristen: USA beenden Kampfeinsatz im Irak**

Die von den USA angeführte internationale Anti-IS-Koalition im Irak hat am Donnerstag offiziell das Ende ihres Einsatzes im Irak angekündigt. Vier Jahre zuvor war der militärische Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im Land verkündet worden.

Die verbleibenden Kampftruppen der Koalition würden das Land vor Ende des Jahres verlassen, teilte Iraks gemeinsame Militärführung mit, wie die staatliche Nachrichtenagentur INA am Freitag meldete. Künftig solle es nur noch eine Gruppe von Militärberatern der Koalition geben, die Iraks Sicherheitskräfte unterstützen würden.

Der Einsatz des Bündnisses hatte begonnen, nachdem der IS im Jahr 2014 große Gebiete im Norden und Westen des Iraks überrannt hatte. Mit internationaler Unterstützung, auch der Bundeswehr, konnten die irakischen Sicherheitskräfte die Extremisten nach und nach zurückdrängen. Im Dezember 2017 erklärte der damalige irakische Regierungschef Haidar al-Abadi den Sieg über den IS.

Immer wieder Terrorangriffe im Irak

Die USA hatten im Juli den Abzug der Kampftruppen bis zum Jahresende verkündet. Im Irak waren bisher nach Angaben des Weißen Hauses rund 2500 US-Kräfte im Einsatz. Beobachter gehen davon aus, dass sich die Zahl kaum verändern wird, die Soldaten aber künftig offiziell als Ausbilder und Berater im Einsatz sind. Vor allem die einflussreichen pro-iranischen schiitischen Milizen und Parteien im Irak verlangen einen US-Abzug. In den vergangenen Monaten waren mehrfach Einrichtungen angegriffen worden, die von den USA genutzt werden.

Der IS ist militärisch zwar offiziell besiegt, Zellen der Extremisten verüben aber immer wieder Angriffe, vor allem auf Sicherheitskräfte. Zuletzt kam die Sorge auf, die Terrormiliz könnte das Ende des US-Kampfeinsatzes zum Anlass für weitere Anschläge nehmen.

Die Bundeswehr bildet im Irak seit 2015 als Teil der Anti-IS-Koalition unter anderem Truppen aus. Derzeit unterstützt sie nach Angaben des Einsatzführungskommandos die kurdischen Peschmerga-Truppen im Norden des Landes. Von einer Luftwaffenbasis im Westen des Landes aus überwacht sie auch den Luftraum. Momentan sind im Irak rund 130 deutsche Soldaten im Einsatz.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/07/1603220_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_358fa7e6f719f553f6fb012e8d555a28.jpg

vormittags:

snanews.de: Bosnien-Herzegowina: Serbenregion entzieht Zentralstaat Kompetenzen

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem blutigen ethnischen Krieg wachsen in Bosnien-Herzegowina die Sorgen wegen drohender Konflikte: Das Parlament des serbischen Landesteils Republika Srpska hat am Freitagabend beschlossen, dem Zentralstaat in den Bereichen Steuern, Justiz sowie Sicherheit und Verteidigung Kompetenzen zu entziehen. Das berichteten bosnische Medien. Den Beschluss vorangetrieben hat Milorad Dodik, Chef der Partei SNSD und serbisches Mitglied im Staatspräsidium von Bosnien-Herzegowina. Dodik ließ zunächst offen, ob er – wie früher angekündigt – eine separate Armee der Republika Srpska schaffen wolle.

Fast die gesamte Opposition war der Abstimmung im Parlament von Banja Luka aus Protest ferngeblieben. Dennoch erzielte der Vorschlag von Dodiks Partei mit 49 Ja-Stimmen eine klare Mehrheit. Dodik kündigte an, innerhalb von sechs Monaten Gesetze zu initiieren, in denen die Bereiche, für die nunmehr keine Zuständigkeit des Zentralstaats anerkannt wird, neu geregelt werden sollen.

Bereits im Oktober hatte das Serben-Parlament eine Abspaltung von der zentralen Arzneimittelbehörde beschlossen. Daraufhin leitete die oberste Staatsanwaltschaft in der Hauptstadt Sarajevo Ermittlungen wegen Verdachts auf „Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung von Bosnien und Herzegowina“ ein.

Dodik droht seit Jahren, die Republika Srpska aus dem bosnischen Staat herauszulösen. Bosnien-Herzegowina sei nichts weiter als „eine Papierrepublik“ betonte Dodik am Freitag im Parlament von Banja Luka.

Frieden gefährdet

Dodiks Vorhaben droht die Architektur des Friedensvertrags von Dayton aus dem Jahr 1995 zu zerstören. Dieser beendete einen mehr als dreijährigen Krieg zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken. Der Vertrag schuf zwei weitgehend autonome Landesteile, die Serben-Republik und die bosnisch-kroatische Föderation. Eine Reihe gesamtstaatlicher Institutionen sollen ein normales Funktionieren des Staates Bosnien-Herzegowina garantieren.

Aufgrund des Dayton-Vertrags kontrolliert ein Hoher Repräsentant formell das politische Geschehen in Bosnien-Herzegowina. Er darf unter anderem Gesetze erlassen. Sein Mandat verleiht ihm der sogenannte Friedensimplementierungsrat (Peace Implementation Council/PIC). Im Vorfeld des Parlamentsvotums in Banja Luka hatte PIC gewarnt: Diese

Entscheidungen würden die friedensstiftenden Reformen im Land um 26 Jahre zurückwerfen und dessen angestrebte Annäherung an die EU gefährden. Hoher Repräsentant in Sarajevo ist seit dem 1. August der deutsche Politiker Christian Schmidt.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0c/0b/4654906_0:0:3081:1734_1920x0_80_0_0_be8f8e2d65c27591df5c51b98226c00d.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snews.de: **Stoltenberg: Nato-Ukraine-Verhältnis wird nicht in Moskau bestimmt**

In der Debatte über um ein mögliches weiteres Vorrücken der Nato nach Osten spricht der Generalsekretär des Bündnisses, Jens Stoltenberg, Russland ein Mitspracherecht ab. Insbesondere zur möglichen Nato-Mitgliedschaft der Ukraine habe Moskau nichts zu sagen. Die Position der Nato zu ihren Beziehungen zur Ukraine bleibe unverändert: „Jede Nation hat das Recht, ihren eigenen Weg zu wählen, sagte Stoltenberg am Freitag auf einer Pressekonferenz mit dem deutschen Bundeskanzler, Olaf Scholz, in Brüssel. Dieses Prinzip sei in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderen Vereinbarungen verankert, die auch Russland unterzeichnet habe.

„Die Beziehung der Nato zur Ukraine wird deshalb von den 30 Nato-Verbündeten und der Ukraine bestimmt und von niemandem sonst“, sagte Stoltenberg laut dem Wortlautprotokoll der Pressekonferenz.

Er warf Moskau vor, ein System wiederherstellen zu wollen, „in dem Großmächte wie Russland Einflussphären haben, in denen sie kontrollieren oder entscheiden können, was andere Mitglieder tun können“. Die Nato könne das nicht akzeptieren. Die Nato werde mit Russland reden, aber diesbezüglich keine Kompromisse eingehen, so der Generalsekretär. Damit kommentierte er die Forderung von Russlands Präsident Wladimir Putin, rechtlich zu garantieren, dass sich die Nato nicht weiter nach Osten ausdehne. Putin hatte bei seinem Online-Treffen mit US-Staatschef Joe Biden am Dienstag rechtliche verbindliche Sicherheitsgarantien gefordert, die eine weitere Osterweiterung der Nato und eine Stationierung offensiver Waffensysteme in den russischen Nachbarstaaten wie der Ukraine ausschließen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/05/3475388_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c28760d3f52422100c26bfc0dda833ce.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. Dezember um 9:00 Uhr 21.034 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 552 Personen sind derzeit erkrankt, 17.484 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2998 Todesfälle.

snanews.de: **Treffen mit Nato-Generalsekretär: Scholz plant höhere Verteidigungsausgaben**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei seiner ersten Pressekonferenz mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zugesichert, sich für starke deutsche Streitkräfte einzusetzen. Die deutschen Verteidigungsausgaben werden ihm zufolge im Rahmen der Möglichkeiten erhöht werden. Man tue natürlich alles dafür, die Bundeswehr gut auszustatten, sagte der SPD-Politiker nach einem Gespräch mit Stoltenberg. Scholz hob hervor, dass die Verteidigungsausgaben Deutschlands bereits in seiner Zeit als Finanzminister in einer Weise gestiegen seien, wie das „viele, viele Jahre“ nicht der Fall gewesen sei.

„Das ist jetzt auch etwas, was wir fortsetzen werden im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten, die wir haben“, sagte er.

Sowohl die Praxis der letzten Jahre, aber auch die Verständigungen der Regierungsparteien, so der deutsche Politiker, zeigten, dass „wir eine gut ausgestattete Bundeswehr für unverzichtbar halten und dafür auch Sorge tragen werden“.

Keine Klarheit bezüglich des Zwei-Prozent-Ziels

Zum sogenannten Zwei-Prozent-Ziel der Nato aus dem Jahr 2014 legte Scholz jedoch kein klares Bekenntnis ab. Es sieht vor, dass sich alle Alliierten bis 2024 dem Nato-Richtwert annähern, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben. Auch im Koalitionsvertrag werde das Ziel nicht erwähnt, betonte Stoltenberg. Wenn die Verteidigungsausgaben gesenkt würden, wenn es „wie nach dem Kalten Krieg“ weniger Spannungen gebe, so der Politiker weiter, dann müsse man auch in der Lage sein, sie wieder zu erhöhen, wenn die Spannungen wieder stiegen. Letzteres sei derzeit der Fall. Zugleich räumte der Nato-Sekretär ein, dass es nie leicht sei, Geld für Verteidigung zu finden. Mehr Geld dafür bedeute schließlich weniger Geld für etwas anderes.

Die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik beliefen sich nach Nato-Standards im vergangenen Jahr auf rund 51,6 Milliarden Euro. Deutschland war mit einer BIP-Quote von 1,55 Prozent allerdings weiterhin weit vom Zwei-Prozent-Ziel entfernt. In diesem Jahr wird nach den jüngsten veröffentlichten Schätzungen mit Ausgaben in Höhe von rund 53,2

Milliarden Euro und einer Quote von nur noch 1,53 Prozent gerechnet.

Ausdehnung russischer Einflussbereiche nicht zulassen

Eines der Hauptthemen des Treffens war der sich zuspitzende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie der „militärische Aufwuchs russischer Truppen“ an der Grenze des Landes.

Um die Sicherheit Europas nicht zu bedrohen, rief Stoltenberg Russland dazu auf, seine „Truppen abzuziehen, zur Deeskalation beizutragen und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu respektieren“. Er versprach, dass weitere „aggressive Maßnahmen gegenüber der Ukraine“ einen Preis für Russland mit sich bringen und „deutliche wirtschaftliche Folgen“ für das Land haben würden.

Auf seiner Twitter-Seite hob Stoltenberg noch einmal ausdrücklich hervor:

„Deutschland hat eine führende Rolle dabei, die Nato in einer gefährlicheren Welt stark zu halten. Wir rufen Russland auf, zur Diplomatie zurückzukehren. Jede weitere Aggression wird ernste Konsequenzen nach sich ziehen“, so Stoltenberg.

Gleichzeitig betonte Stoltenberg die Dialogbereitschaft der Nato – vor allem, „wenn die Spannungen groß sind“. Und sprach von der Notwendigkeit, sich wieder im Nato-Russland-Rat zu treffen, um die Transparenz zu erhöhen und die Gefahr von Fehlkalkulationen zu beseitigen.

„Wir wollen weiterhin das transatlantische Bindeglied stärken in einer Region, in der Länder wie Russland und China die regelbasierte Ordnung untergraben, die Nachbarn gefährden und nukleare Fähigkeiten ausbauen“, heißt es weiter. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/0f/3586842_0:80:3072:1808_1920x0_80_0_0_a0f234ff5d6d55bec3b52d631426fb29.jpg

Mzdnr.ru: Am 10. Dezember wurden in der DVR 1306 auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 320 positiv, bei 246 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 62 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 3 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 44 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1296 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 798 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Am 11. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 114.161 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4120 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 101.287 als gesund entlassen, es gibt 8754 Todesfälle.

snanews.de: **Libanon: Mehrere Explosionen in palästinensischem Flüchtlingslager – Tote und Verletzte**

In einem palästinensischen Flüchtlingslager im Süden des Libanons ist es am Freitagabend zu mehreren Explosionen gekommen. Es gibt Tote und Verletzte, wie die staatliche Agentur NNA berichtete.

Demnach erfolgten die Explosionen in einem Waffendepot der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas im Flüchtlingslager Burdsch al-Schimali nahe der Hafenstadt Tyros.

Die Ursache war zunächst unklar. Vor der Explosion soll in der Nähe ein Feuer ausgebrochen sein, wie es aus palästinensischen Kreisen hieß. Die Armee musste das Gebiet abriegeln. Laut einem Sprecher des palästinensischen Roten Halbmonds sollen zehn bis zwölf Menschen leicht verletzt worden sein. Zunächst gibt es keine offizielle Bestätigung dafür.

Die Stadt Tyros liegt an der Küste des Mittelmeeres. Ein Großteil der Bevölkerung besteht aus Geflüchteten, da Tyros Standort von drei der offiziell zwölf palästinensischen Flüchtlingslager des Landes ist: Al Bass, Burj al-Shemali und ar-Raschidiya. In zwölf Lagern leben nach Schätzungen noch rund 400.000 palästinensische Flüchtlinge.

Am 4. August 2020 kam es im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut zu einer gewaltigen Explosion: Rund 2750 Tonnen Ammoniumnitrat entzündeten sich. Die Detonation hatte weitreichende Folgen: Schätzungen zufolge starben etwa 200 Menschen, mehrere Tausend wurden verletzt und bis zu 300.000 Menschen wurden obdachlos. Die Druckwelle zerstörte die Haferegion und Teile der Stadt, darunter zahlreiche Wohnhäuser und wichtige Infrastruktur.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0b/4656572_0:0:2731:1537_1920x0_80_0_0_a73308935280d3691745d27bddd5c4b7.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Russland besorgt wegen Verlegung von NATO-Kriegsgerät über Griechenland nach Osteuropa**

Nach Angaben des Kremlsprechers Dmitri Peskow ist Russland wegen der Versammlung von US- und NATO-Truppen in Griechenland besorgt. Gleichzeitig sieht Moskau in Athen weiterhin einen Partner und hofft auf einen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem EU-Land.

Der griechische Fernsehsender Antenna hat in der Nacht zum Samstag ein Interview mit Dmitri Peskow ausgestrahlt. Der Kremlsprecher beantwortete dort unter anderem Fragen nach den bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Griechenland. Zur Sprache kam aber auch das russisch-türkische Verhältnis vor dem Hintergrund der Spannungen im östlichen Mittelmeerraum. Peskow zeigte sich auch über die NATO- und US-Militäraktivitäten in Griechenland besorgt.

Das Interview war noch im Vorfeld eines Treffens zwischen Russlands Staatschef Wladimir Putin und Griechenlands Regierungschef Kyriakos Mitsotakis am 8. Dezember in der russischen Schwarzmeer-Stadt Sotschi aufgezeichnet worden. Peskow beantwortete die

Fragen auf Englisch. Der Sender Antenna zeigte am Mittwoch einige Auszüge des Interviews. Das komplette Gespräch ging erst in der Nacht zum 11. Dezember auf Sendung.

Auf die Frage der Korrespondentin, was genau den Kreml in dem neuen Verteidigungsabkommen zwischen Athen und Washington beunruhige, antwortete der Sprecher des russischen Präsidenten, dass dieses Problem sehr einfach sei. Russland sei besorgt, dass man NATO- und US-Truppen über Griechenland nach Osteuropa verlege. "Auf Ihrem Territorium werden immer mehr NATO- und US-Soldaten versammelt. Sie befördern Hunderte, Tausende Kriegsgeräte über Alexandroupoli. Sie eröffnen neue NATO-Stützpunkte, während die NATO uns als Feind bezeichnet."

Ende November hatte die griechische Zeitung Rizospastis von einer größeren US-Truppenverlegung in die Hafenstadt berichtet. Demnach sollten über Alexandroupoli im Rahmen des neuen Verteidigungsabkommen zwischen Griechenland und den USA über 120 Kampfhubschrauber und 1.000 Kampffahrzeuge verlegt werden. Das Militärgesetz sollte in Griechenland, Bulgarien und Rumänien stationiert werden. Nach Angaben der Zeitung ProtoThema entwickle sich Alexandroupoli allmählich zu einem Militärumschlagplatz, da es eine Eisenbahnverbindung mit bulgarischen und rumänischen Häfen am Schwarzen Meer habe und daher eine Alternative zum Bosphorus biete.

Auf den Kommentar der Korrespondentin, dass Griechenland wegen der Lieferung der russischen Raketenabwehrsysteme des Typs S-400 an die Türkei gleichermaßen besorgt sei, antwortete Peskow, dass es sich dabei um eine Verteidigungswaffe handle, während die über Alexandroupoli beförderte Militärausrüstung alles andere als defensiv sei.

Zugleich äußerte der Kremlsprecher die Meinung, dass sich Griechenland niemals gegenüber Russland feindselig verhalten werde, obwohl es ein NATO-Mitglied sei. Russland halte Griechenland für einen befreundeten Partnerstaat. Moskau sei an einem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Athen interessiert.

"Es gibt viele russische Unternehmen, die bereit sind, in die griechische Wirtschaft zu investieren. Wir sind an einer Umsetzung von Megaprojekten interessiert, wie wir es bereits in der Türkei tun."

Auf die Frage, welche Seite Moskau im Fall eines bewaffneten Konflikts im östlichen Mittelmeerraum unterstützen würde, drückte Peskow seine Hoffnung aus, dass es zu keinem Konflikt zwischen Athen und Ankara in der Ägäis kommen würde. Der Kreml plädiere für eine bilaterale Lösung der Spannungen in der Region. Beide Seiten müssten Ruhe und Vernunft walten lassen.

Der Kremlsprecher ging auch auf die russischen Gaslieferungen nach Griechenland ein. Ihm zufolge decke der russische Konzern Gazprom etwas mehr als 40 Prozent des griechischen Gasbedarfs und habe sogar die Lieferungen aufgestockt, während US-Unternehmen ihre Lieferungen reduziert hätten, indem sie ihr Gas jetzt im Fernen Osten und in Südostasien zu höheren Preisen verkauften. Die beiderseitige Abhängigkeit der EU und Russland in diesem Bereich Sorge für Stabilität und Vorhersagbarkeit.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b469fc48fbef1c33234c7d.jpg>

snanews.de: **US-Demokratie ist „Massenvernichtungswaffe“ – Peking**

China hat den von den USA organisierten zweitägigen Demokratiegipfel kritisiert. Laut einem Sprecher des chinesischen Außenministeriums ist die Demokratie in den Vereinigten Staaten längst zu einer „Massenvernichtungswaffe“ geworden, mit der sie sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

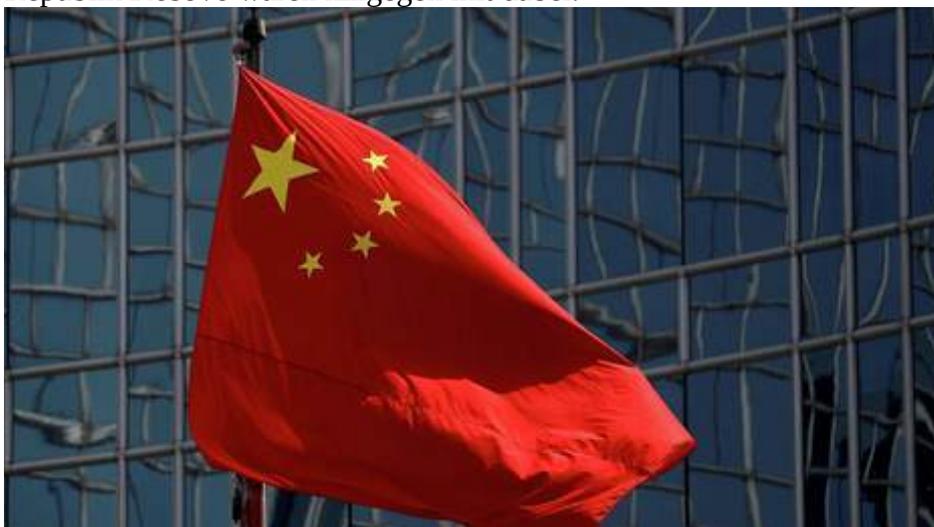
Die USA hätten den Demokratiegipfel organisiert, um „Linien ideologischer Vorurteile zu ziehen, die Demokratie zu instrumentalisieren und als Waffe einzusetzen und Spaltung und Konfrontation herbeizuführen“. Peking werde sich „entschieden gegen jegliche Art von Pseudo-Demokratien wehren“, so der Sprecher laut der Agentur Xinhua.

Bereits im Vorfeld des Gipfels hatte China das Format kritisiert und die US-Demokratie als „korrupt“ und „gescheitert“ bezeichnet. Stattdessen warb Peking für seine eigene Version „einer ganzheitlichen Demokratie des Volkes“.

Demokratiegipfel

Der von US-Präsident Joe Biden organisierte Demokratie-Gipfel fand am Donnerstag und Freitag als virtuelle Veranstaltung statt. Daran nahmen Vertreter von etwa 110 Ländern teil. China und Russland waren nicht zum Demokratie-Gipfel eingeladen, wie auch das Nato-Mitglied Türkei und das EU-Mitglied Ungarn.

Taiwan, das China als abtrünnige Provinz betrachtet, und die international nicht anerkannte Republik Kosovo waren hingegen mit dabei.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/15/4404407_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_f684488e75a7ad390eb7b093ac06ac49.jpg

de.rt.com: **Putin: Mitte der 90er waren CIA-Kader im russischen Ministerkabinett tätig**
Der russische Präsident Wladimir Putin berichtet, dass Mitte der 1990er Jahre im russischen Ministerkabinett CIA-Agenten gearbeitet hätten. Anfang der 2000er Jahre habe der Präsident dies beendet.

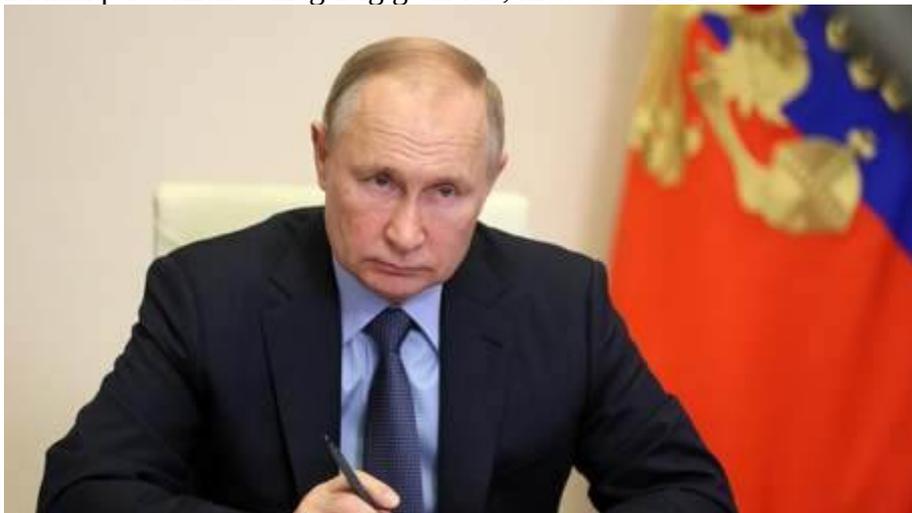
Mitte der 1990er Jahre sollen verschiedene Länder versucht haben, auf Russland Einfluss zu nehmen. Beispielsweise sollen viele CIA-Beamte im russischen Ministerkabinett im Einsatz gewesen sein. Davon erzählte der russische Präsident Wladimir Putin, der sein erstes Amt als Präsident von Russland am 7. Mai 2000 angetreten hatte:

"Sehen Sie seit Anfang der 2000er Jahre säubere ich schon alles dort, aber Mitte der 1990er Jahre hatten wir, wie sich später herausstellte, als Berater, also, als offizielle Mitarbeiter der russischen Regierung, Beamte des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency sitzen." Diese CIA-Beamten seien dann in den USA strafrechtlich verfolgt worden, weil sie als CIA-Mitarbeiter während der Arbeit in Russland gegen die US-Gesetzgebung verstoßen hätten und an der Privatisierung beteiligt gewesen seien, so der Präsident. Wladimir Putin zufolge sei dies nur ein Beispiel dafür, wie sich andere Länder in die Angelegenheiten der Russischen Föderation eingemischt hätten. Dabei verwies Putin auf US-Spezialisten, die täglich zur Arbeit in russischen Atomwaffenanlagen gekommen seien:

"Es gab einen Tisch und eine amerikanische Flagge. Sie lebten und arbeiteten dort. Sie brauchten keine subtilen Instrumente der Einmischung in unser politisches Leben, denn sie kontrollierten sowieso alles."

Putin betonte, dass sich die Situation geändert hätte, das Land sei anders geworden, es sei unabhängiger und souveräner geworden. Daneben sprach der russische Staatschef über die zunehmenden Fähigkeiten der Streitkräfte, was wiederum die Haltung gegenüber Russland geändert hätte.

In Erinnerung wurde auch der erste russische Präsident Boris Jelzin gebracht. Putin zufolge habe er Unterstützung vom Ausland gehabt, bis er begonnen habe, Jugoslawien zu verteidigen, das ohne jegliche Genehmigung des UN-Sicherheitsrats bombardiert worden sei. Sobald Jelzin aufs Völkerrecht hingewiesen habe, habe sich die Einstellung zu Russland und zu ihm persönlich schlagartig geändert, hieß es weiter.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b3324548fbef1a383b28e4.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 11.12.2021**
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung verletzt.**

Kämpfer der 54. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko eine **Drohne**

des Typs „Oktokopter“ mit einer angehängten Sprengvorrichtung eingesetzt und diese **im Bereich einer Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs in einem Wohngebiet der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk abgeworfen.

Die nicht detonierte Sprengvorrichtung wurde von örtlichen Einwohnern entdeckt und der Ort des Geschehens wurde von Soldaten der Volksmiliz der DVR gesichert. Bei der Entschärfung der abgeworfenen Sprengvorrichtung unbekannter Typs detonierte diese. Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge der Tragödie **ein Soldat an Ort und Stelle starb, ein zweiter Verteidiger unserer Republik, der bei der Detonation verletzt wurde, starb zu unserem großen Bedauern heute Morgen im Krankenhaus**. Wir sprechen den Familien und Verwandten der getöteten Helden unser Mitgefühl aus.

Außerdem haben gestern Einheiten der elektronischen Kriegsführung und der Luftabwehr der Volksmiliz **einen weiteren Terrorakt verhindert**, der vom Gegner gegen die Einwohner des Donbass vorbereitet worden war. Im Gebiet der Siedlung des Oktjbrskaja-Bergwerks in Donezk hat eine Mannschaft einer Funkblockadestation „Terrikon M2N“ rechtzeitig **eine feindliche Drohne des Typs „Walkyrija“ der 54. Brigade entdeckt und zum Landen gezwungen**. Nach vorläufigen Informationen betrieb der Gegner mit Hilfe dieser Drohne Aufklärung und erstellte Daten für die Eröffnung des Feuers.

Bei der Dechiffrierung der Informationen von der Drohne wurde festgestellt, dass ein weiteres Objekt für einen Feuerschlag am wahrscheinlichsten das Stadtkrankenhaus Nr. 21 war, das sich nicht weit vom Ort der erzwungenen Landung der Aufklärungsdrohne befindet.

Dieser Sachverhalt ist eine weitere Bestätigung der Unmenschlichkeit und Prinzipienlosigkeit der ukrainischen Kämpfer, die täglich gegen friedliche Einwohner im Donbass Krieg führen und zielgerichtet zivile Infrastruktur vernichten.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer neun Stück **Waffen und Militärtechnik in zwei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

sechs Mörser „Wassilek“ auf dem Gebiet eines Objekts in Konstantinowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug und zwei Abwehrgeschütze SU-23 in der Nähe von Tschermalyk.

Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka 17 T-80-Panzer bemerkt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Nowgorodskoje zu blockieren.

Gemäß Informationen von unserer Quelle in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gibt es **in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiter erhebliche Probleme mit der materiell-technischen Versorgung**.

Uns wurde bekannt, dass auf der Webseite des Verteidigungsministeriums der Ukraine eine elektronische Eingabe von Kämpfern des 2. Bataillons der 95. Luftlandebrigade mit Beschwerden über nicht zufriedenstellende Versorgung der Technik mit Akkumulatoren und Treibstoff eingegangen ist. In ihrer Eingabe empören sich die ukrainischen Kämpfer darüber, dass der Bataillonskommandeur Geld vom gesamten Personal eingesammelt hat angeblich um zum Großhandelspreis Akkumulatoren und Frostschutzmittel zu kaufen.

Außerdem hat das Brigadekommando die Entscheidung getroffen, die Technik auf den Positionen nicht auszuwechseln, was es erlaubt, Geld einzusparen, das für Reparatur und jahreszeitliche Wartung vorgesehen ist.

Das Kommando der OOS ist über die Eingabe von Kämpfern der 95. Brigade beunruhigt und

hat einen leitenden Unteroffizier für eine Untersuchung und Aufklärung in das 2. Luftsturmataillon geschickt.

snews.de: **Einigung auf Vier-Parteien-Regierung in Bulgarien**

In Bulgarien hat die neue Anti-Korruptions-Partei PP nach drei Parlamentswahlen eine Vier-Parteien-Regierung gebildet. Der Ko-Vorsitzende der neuen Anti-Korruptions-Partei „Wir führen den Wandel fort“ PP, Kiril Petkow, übergab am Samstag Staatschef Rumen Radew einen entsprechenden Regierungsentwurf.

Unmittelbar zuvor war Petkow als Kandidat der stärksten Parlamentsfraktion mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden. Das Parlament soll voraussichtlich am Montag über die erste reguläre Regierung des EU-Landes seit April abstimmen.

„Null-Toleranz zur Korruption wird das Motto unserer Koalition sein“, bekräftigte der designierte Ministerpräsident Petkow. Seine Partei hatte die Neuwahl vom 14. November mit 25,67 Prozent der Stimmen gewonnen, ist aber auf Koalitionspartner angewiesen, um regieren zu können. Diese sind nun neben den Sozialisten (früheren Kommunisten) mit gut zehn Prozent der Stimmen noch die populistische ITN (9,5 Prozent) von Entertainer Slawi Trifonow und das Bündnis Demokratisches Bulgarien (gut sechs Prozent).

Petkow sagte, die vorgeschlagene Vier-Parteien-Regierung werde vier Jahre halten. Priorität seien die verschleppte Justizreform und Korruptionsbekämpfung sowie aktuell die Bewältigung der steigenden Strompreise und der Corona-Krise. Petkow wollte die Postenverteilung noch am Samstag bekannt geben.

Vertreter der künftigen Regierungspartner hatten getrennt voneinander am Freitagabend Koalitionsabkommen mit Petkows „Wir führen den Wandel fort“ PP unterzeichnet. Die bürgerliche GERB, die mit 22,7 Prozent zweitstärkste Partei ist, wurde wegen Korruptionspraktiken politisch isoliert.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0c/0b/4657151_0:141:3147:1912_1920x0_80_0_0_8c05c056af72d536eb4fee4cd49a01db.jpg

snews.de: **USA setzen zusätzliche Militärhilfe für Ukraine vorerst aus – Medien**

Washington soll die Lieferung eines 200-Millionen-Dollar-Pakets (umgerechnet ca. 177 Mio. Euro) zusätzlicher Militärhilfe für die Ukraine ausgesetzt haben. Wie NBC News unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtet, soll mit dem Schritt mehr Zeit für den Abbau der Spannungen zwischen Kiew und Moskau gewonnen werden.

Das entsprechende Dokument soll seit ungefähr drei bis vier Wochen auf die Genehmigung des US-Präsidenten, Joe Biden, warten. Auch soll eine Reihe anderer Unterstützungsoptionen für die Ukraine vorbereitet werden – darunter ein viel größeres Hilfspaket, das im Falle einer russischen Invasion auf ukrainisches Territorium genehmigt wird.

Die Verzögerung der kleineren Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung durch die Regierung sollte laut NBC News im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine mehr Zeit für diplomatische Bemühungen zur Entschärfung der Spannungen und zur Beibehaltung des Drucks gewähren.

Die vertraute Quelle stellte dem Nachrichtenportal zufolge fest, dass noch nicht klar ist, was das vorgeschlagene Hilfspaket in Höhe von 200 Millionen US-Dollar umfasst. Bekannt sei jedoch, dass die Ukraine Luftverteidigungssysteme, Schiffsabwehrraketen, mehr Javelin-Panzerabwehrraketen, elektronische Gegenmaßnahmen, Radarsysteme, Munition, verbesserte Artilleriemunition sowie medizinische Versorgung angefordert habe.

Gleichzeitig habe sich Kiew etwas enttäuscht von der Entscheidung der USA gezeigt, die auf das vor einem Monat von der Ukraine eingereichte Ersuchen versprochene Militärhilfe zu verschieben, berichtete eine andere Quelle mit Verweis auf die Angaben der Kiewer Regierung. Auf die Anfrage um eine Stellungnahme reagierte das Weiße Haus dem Portal zufolge zunächst nicht. Auch der Sprecher des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski äußerte sich nicht dazu.

Die USA leisten der Ukraine bereits auf fortlaufender Basis Militärhilfe und sollen 2021 bisher etwa 400 Millionen US-Dollar bereitgestellt haben. Bidens Regierung und ihre Unterstützer glaubten, so NBC News, dass eine Kombination aus „angedrohten Sanktionen, Militärhilfe und Diplomatie“ Putin dazu bewegen könne, die russischen Truppen, die angeblich entlang der ukrainischen Grenze stationiert sind, zurückzuziehen.

Videogespräch zwischen Biden und Putin

Zuletzt hatte die Nato eine Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze gemeldet. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Wie das Weiße Haus nach dem Gespräch am Dienstag mitgeteilt hat, hat sich Joe Biden besorgt über die Lage rund um die Ukraine geäußert und eine diplomatische Einigung gefordert. Darüber hinaus hat er versprochen, dass der Westen auf eine mögliche militärische Eskalation mit gemeinsamen Wirtschaftssanktionen und anderen Beschränkungen reagieren werde.

Wladimir Putin seinerseits hat betont, dass Russland an zuverlässigen, juristisch bindenden Garantien dafür interessiert sei, dass sich die Nato nicht mehr gen Osten erweitere und keine Angriffswaffen in an Russland angrenzenden Staaten, darunter auch in der Ukraine, stationiere.

Moskau hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ zurückgewiesen und erklärt, dass es niemanden bedrohe. Nach Angaben der russischen Behörden werden solche Angriffe als Vorwand benutzt, um mehr Militärausrüstung der Nato in der Nähe der Landesgrenzen zu platzieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0b/4658560_0:82:2057:1239_1920x0_80_0_0_8a53af

[b26da620ba3fc3e719a8510d52.jpg](#)

snanews.de: **US-Aufklärungsflugzeug nahe Donbass registriert**

Ein US-Aufklärungsflugzeug des Typs Boeing RC-135W Rivet Joint ist nach Informationen des Onlinedienstes Flightradar24 am Samstag über der ostukrainischen Region Donbass geflogen.

Die Maschine bewegte sich demnach mehrmals über dem Gebiet, das von Kiew kontrolliert wird, entlang der Grenze zur selbsterklärten Volksrepublik Donezk und kam dabei ganz nahe an die Berührungslinie zwischen den Truppen der ukrainischen Armee und der Einheiten der Volksmiliz heran. Es gibt keine offiziellen Angaben darüber, was für eine Mission das US-Militär in diesem Gebiet durchführt.

Der Flug des Überwachungsflugzeuges verlief des Weiteren über die Staatsgebiete von Polen, Deutschlands und den Niederlanden. Als der Bericht verfasst wurde, flog die Maschine über dem Territorium Großbritanniens.

Die Vereinigten Staaten und ihre Nato-Verbündeten haben in letzter Zeit ihre militärischen Aktivitäten in der Region deutlich intensiviert. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums versucht Washington, eine Truppengruppierung nahe den Grenzen zu Russland zu schaffen. Zudem sollten die verstärkten militärischen Aktivitäten zur Erschließung der Ukraine zu militärischen Zwecken beitragen.

Aus Sicht des russischen Verteidigungsministeriums untersuchen die USA die Lage für den Fall einer möglichen gewaltsamen Lösung des Konflikts im Donbass.

Militärflugzeuge vom Typ Boeing RC-135W Rivet sind mit spezieller Ausrüstung ausgestattet, die zur strategischen elektronischen Aufklärung und Fernmeldeaufklärung verwendet wird.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0b/4660187_0:78:2049:1230_1920x0_80_0_0_744d5b260f447843ffb6706c8f2404c4.jpg